

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

EWU: Klammer oder Sprengsatz?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1991) : EWWU: Klammer oder Sprengsatz?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 12, pp. 594-595

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136823>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EWU: Klammer oder Sprengsatz?



Hans-Eckart Scharrer

Tragen die Beschlüsse von Maastricht wirklich zur Vertiefung und Stärkung der Gemeinschaft bei? Oder haben die Staats- und Regierungschefs mit der Entscheidung, bis Ende dieses Jahrzehnts eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, den europäischen Bogen überspannt, die Akzeptanzbereitschaft der Bürger überfordert? Erkennbar ist: der Verzicht auf das „eigene“ Geld ist nicht nur in England unpopulär, wo die Politik sich schon früh zum Sprachrohr der nationalen Besorgnisse und Vorurteile gemacht hat, sondern auch – und besonders – in der Bundesrepublik. Wie soll man den Bundesbürger auch davon überzeugen, daß der Abschied von der D-Mark und der Deutschen Bundesbank, die sich in gut vierzig Jahren ein hohes Vertrauen im In- und Ausland erworben haben, zugunsten eines unbekanntes, von einer neuen Europäischen Zentralbank gesteuerten Geldes namens Ecu letztlich für ihn von Nutzen sein wird? Die Überzeugungsarbeit fällt um so schwerer, als „EG“ – unter tatkräftiger Mithilfe auch deutscher Politiker – zunehmend zum Synonym für Verschwendung (Agrarpolitik), bürokratische Auswüchse („landwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern“), Interventionismus (Außenwirtschafts- und Industriepolitik) und Handlungsunfähigkeit (Golfkrieg und vor allem Jugoslawien) geworden ist?

Ökonomisch lassen sich die Vorzüge einer einheitlichen europäischen Währung gegenüber der bestehenden Währungsordnung nur schwer begründen. Ob eine zentralisierte Währungspolitik für einen Raum von 345 Millionen Wirtschaftsbürgern dem derzeitigen System dezentralisierter Entscheidungen, mit der D-Mark als Leitwährung und der Deutschen Bundesbank als Leit-Zentralbank, tatsächlich überlegen ist, erscheint zweifelhaft. Es war nicht zuletzt der Stabilitätswettbewerb innerhalb des EWS, mit der D-Mark als Vorreiter, der Ländern wie Frankreich und Dänemark das Maß an Preisniveaustabilität beschert hat, dessen sie sich heute erfreuen und das wiederum die deutsche Geld-, Finanz- und (hoffentlich auch) Lohnpolitik zu erhöhten stabilitätspolitischen Anstrengungen anstachelt.

Die „statischen“ Effekte allein – der Wegfall des Wechselkursrisikos und die Einsparung von Transaktions- und Informationskosten – vermögen die Vorteilhaftigkeit einer einheitlichen Währung jedenfalls nicht zu belegen, um so weniger, als das EWS schon heute als Quasi-Festkurs-system operiert und die möglichen Kosteneinsparungen damit – zumindest im Verhältnis zwischen den Kernländern – nur noch gering sind. Bedeutsamer sind die „dynamischen“ Effekte: der Beitrag einer gemeinsamen Währung zur Herausbildung eines einheitlichen Wirtschafts-raumes, zur Entfaltung des Wettbewerbs auf Gemeinschaftsebene, zur Schaffung eines „wirklich“ gemeinsamen Finanzmarktes und damit zur Mobilisierung der Ersparnisbildung und der Förderung der Investitionstätigkeit in Europa. Sie sollten nicht gering eingeschätzt werden, auch wenn sie sich der exakten Quantifizierung entziehen.

Diesen Nutzen einer gemeinschaftlichen Währung sind die möglichen Kosten und Risiken gegenüberzustellen. Zunächst zu nennen ist das Risiko, daß eine europäische Währung auf Dauer weniger wertstabil ist als die Währungen der Kernländer des EWS heute. Hier ist zunächst positiv anzumerken, daß die in Maastricht verabschiedete künftige Währungsverfassung der Gemeinschaft aus deutscher Sicht kaum Wünsche offenläßt. Das Europäische Zen-

tralbanksystem ist vorrangig auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet, seine institutionelle und materielle Unabhängigkeit erscheinen gesichert, auch hinsichtlich der Kompetenzverteilung in der Wechselkurspolitik – möglicher Ansatzpunkt für eine Aushebelung der Geldpolitik durch die staatliche Wirtschaftspolitik – wurde letztlich eine vertretbare Lösung gefunden.

Dennoch bleibt ein nicht zu vernachlässigendes stabilitätspolitisches Restrisiko: Nach wie vor weichen die Auffassungen über das anzustrebende Maß an Preisstabilität, aber auch über die wirtschaftspolitischen Prioritäten und ökonomischen Wirkungszusammenhänge von Land zu Land voneinander ab. Nationale Erfahrungen und Zielvorstellungen dürften auch in der Entscheidungsbildung im Zentralbankrat ihren Niederschlag finden. Die bei jeder Zinserhöhung der Bundesbank wiederkehrende Kritik aus bestimmten Partnerländern deutet jedenfalls darauf hin, daß dort Stabilitätspolitik eher widerwillig – wenn auch letztlich erfolgreich – nachvollzogen als aus eigener Initiative betrieben wird. Zu erinnern ist auch daran, daß ohne die breite Akzeptanz des Ziels der Geldwertstabilität in der deutschen Öffentlichkeit die Stabilitätspolitik der Bundesbank in den letzten Jahren nicht oder nur unter hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten durchsetzbar gewesen wäre. Ob ein gleiches Maß an Akzeptanz auch in anderen Mitgliedstaaten erwartet werden kann, mag bezweifelt werden. Schon aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß der Eintritt in die dritte Stufe durch konkrete Konvergenzkriterien erschwert wird. Zu hoffen ist, daß diese – ohnehin nicht allzu strengen – Kriterien nicht in der politischen Auslegung noch weiter verwässert werden. Ökonomisch wünschenswert wäre es, wenn zunächst nur eine kleine Gruppe von Ländern mit ausgeprägter Stabilitätsorientierung den Schritt in die Währungsunion wagen würde. Das Europäische Zentralbanksystem hätte damit Gelegenheit, einen stabilitätspolitischen „Korpsgeist“ – wie, bei allen Meinungsunterschieden, im Zentralbankrat der Bundesbank vorhanden – zu entwickeln, der künftige Mitglieder automatisch einbindet. Auch der internen und internationalen Glaubwürdigkeit der neuen europäischen Währungsinstitution würde damit gedient, ihr – schwieriger – Start erleichtert.

Ein noch größeres Risiko einer einheitlichen europäischen Währung liegt freilich darin, daß der Wegfall der mit nationalen Geldzeichen verbundenen „Einkommensillusion“ einen Prozeß der Angleichung der nationalen Lohnniveaus in Richtung auf den höchsten Einkommensstandard auslöst, und zwar ungeachtet nationaler Produktivitätsunterschiede. In den neuen Bundesländern wird dieses Exempel zur Zeit statuiert – unter tatkräftiger Mitwirkung der Unternehmen und Gewerkschaften in den alten Hochlohn- (Bundes-)Ländern. Eine Wiederholung auf europäischer Ebene müßte Stabilitätspolitik unmöglich machen und/oder zu unerfüllbaren Transferforderungen der strukturschwachen Mitgliedstaaten an die „reichen“ Mitgliedsländer führen. Die Kosten-Nutzen-Relation der Währungsunion würde damit aus Sicht aller Beteiligten stark negativ: aus der Klammer Währungsunion würde ein Sprengsatz für die Gemeinschaft. Daß ein Land wie Spanien, das von Anfang an zu den nachdrücklichsten Befürwortern einer baldigen Währungsunion gehört hat, glaubt, den Eintritt in die Union nur mit Hilfe zusätzlicher Finanzhilfen bewältigen zu können, sollte in diesem Zusammenhang zu denken geben. (Daß der Kanzler bereit war, sich den Verzicht auf die D-Mark auch noch etwas kosten zu lassen, auch.)

Auch unter diesem Aspekt ist eine kleine Teilnehmerzahl an der Währungsunion zu Beginn wünschenswert. Die Ablösung der nationalen Währungen durch ein europäisches Geld ist ein riskantes Unternehmen, für das es kein Vorbild gibt. Es muß alles getan werden, daß es zum Erfolg wird. Dazu gehört auch die Begrenzung des Teilnehmerkreises auf diejenigen Länder, von denen erwartet werden kann, daß sie ökonomisch zur Teilnahme an einem einheitlichen Währungsraum in der Lage sind, und die nur schrittweise Vergrößerung des Teilnehmerkreises in dem Maße, wie das Unternehmen sich bewährt. Das EWS ist ein gelungenes Modell für ein solches schrittweises Vorgehen. Bestehen schon Zweifel, ob die heutige Gemeinschaft einen optimalen Währungsraum darstellt, so stellt sich die Frage erst recht für ein Europa der 18 oder 24. Die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union standen unter dem Motto: Vertiefung als Voraussetzung für Erweiterung. Das Ergebnis ist so, daß die Vertiefung eine Erweiterung – jedenfalls über den Kreis der beitragswilligen EFTA-Länder hinaus – auf lange Zeit geradezu ausschließt. Das ist kein Ergebnis, das zufriedenstellen kann. Die Gemeinschaft darf nach Maastricht der Frage nicht mehr ausweichen, ob ein Integrationsansatz, der davon ausgeht, daß alle Mitgliedstaaten in alle Politikbereiche uneingeschränkt einbezogen werden, der Realität einer großen Gemeinschaft noch gerecht wird.